

Werte Moderatorin [[Lisa Stalder](#)]

Sehr geehrte Frau Präsidentin [[Barbara Geiser](#)]

Meine Damen und Herren ...

... gut, dass wir zusammentreffen, danke für Ihre Einladung!

Erst seit rund elf Monaten handle ich als Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Als langjähriger Unternehmer bin ich es gewohnt, mir selbst ein Bild von der Praxis zu machen, mit den Leuten an der Front zu sprechen, mir deren Einschätzungen und Ideen anzuhören.

Daher bin ich hier nicht so sehr, um die guten Worte des Regierungsrates zu predigen, sondern eher um einen Gedankenaustausch zu fördern.

Wesentlich für mich in diesem ersten Amtsjahr ist eine umfassende Standortbestimmung. So habe ich bald zwei hundert Antrittsbesuche hinter mir und ich spüre, dass viele Partnerorganisationen der GEF sowie die Bevölkerung viel von uns erwarten.

Ich höre auch deutlich, dass hier und dort eine Art Neuanfang erhofft wird. Hingegen soll diese Erwartung nicht als Zeichen eines Misstrauens gegenüber der GEF interpretiert werden.

Nein, die Qualität der Arbeit meiner Kaderleute und Mitarbeitenden ist allgemein anerkannt. Und wo die Kritik sich laut hören lässt, wird der gewaltige Umfang der Arbeit oft unterschätzt. Ebenfalls die Komplexität der dargestellten Fragen wird meistens ungenügend wahrgenommen.

Nichtsdestotrotz bin ich gewillt, die Arbeit der GEF effizienter zu gestalten. Die Arbeitsprozesse müssen optimiert und beschleunigt werden. Und insbesondere muss die

Wirtschaftlichkeit bei der Erbringung der Leistungen an die Bevölkerung massiv verbessert werden.

Dafür brauche ich jedoch ein wenig Zeit, das werden Sie verstehen.

\* \* \* \* \*

Liebe Anwesende, ich gehe davon aus, dass Sie sich eher an die offenen Baustellen des Sozialbereichs interessieren. Ich werde hier die zwei Grössten kurz erwähnen und beantworte gerne später Fragen zu anderen laufenden Geschäften.

Für die Unterstützung von knapp 50'000 Personen nach Sozialhilfegesetz hat unser Kanton im Jahr 2015 netto rund 450 Millionen Franken ausgegeben. Dieser Betrag wird im Lastenausgleich Soziales je hälftig vom Kanton und von den Gemeinden getragen.

Die wirtschaftliche Sozialhilfe stellt somit für uns alle als Steuerzahler einen wesentlichen Kostenfaktor dar.

Diese Gesamtkosten sind seit einigen Jahren stabil. Unterschiedliche Entwicklungen werden jedoch in den kommenden Zeiten zu einer bedeutsamen Erhöhung führen, unter anderem weil viele Menschen mit einem Migrationshintergrund sich kaum integrieren lassen und während Jahren von der Sozialhilfe abhängig bleiben.

Daher ist es nicht erstaunlich, dass der Grosse Rat die Regierung auffordert, den Umfang der Sozialhilfe auf 90 Prozent derjenigen Summe zu beschränken, die sich bei Anwendung der SKOS-Richtlinien ergibt. Zudem soll das Anreizsystem gestärkt werden.

Diese Aufforderung finde ich völlig berechtigt. Und ich bedaure, dass es bisher nicht möglich gewesen ist, entsprechende überzeugende Umsetzungsmassnahmen zu verabschieden.

Zwar wurden gewisse Massnahmen eingeleitet, sie sind aber ungenügend.

Es wurde breit konsultiert, am runden Tisch diskutiert und wieder konsultiert, aber ohne konkretes Ergebnis.

Deshalb habe ich zu Beginn dieses Jahres die Eckwerte einer echten Teilrevision des Sozialhilfegesetzes präsentiert.

Mir ist es völlig bewusst, dass viele mit diesem Vorgehen Mühe haben und die Revision bekämpfen werden.

Es ist auch gut so, weil die Diskussion jetzt auf der politischen Ebene geführt werden muss. Die Parteien werden im Grossen Rat die Gelegenheit haben, eine substanzielle Revision zu gestalten.

Und allenfalls wird es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Diese fürchte ich nicht.

Wenn eine Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einen moderaten Sparkurs gekoppelt mit einem Anreizsystem nicht unterstützt, dann okay, wir werden einen neuen Weg suchen müssen.

Voraussichtlich wird der Regierungsrat diese Revisionsvorlage noch vor der Sommerpause zuhanden des Grossen Rates verabschieden. Und dann werden wir sehen, wie es weitergeht.

Aber doch etwas möchte hier klar unterstreichen.

Liebe Anwesende, die Armut muss bekämpft werden, da sind wir alle einig, und es ist kein Kampf gegen die Armen.

Auch wenn ich konsequent bürgerlich und liberal politisiere, habe ich viel Verständnis für die Menschen, die in prekären Voraussetzungen leben müssen oder durch das Armutrisiko gefährdet sind.

Verständnis für die betroffenen Menschen heisst aber nicht, ohne Kostenbewusstsein zu handeln. Das Fürsorgesystem soll effizienter werden, die Wirtschaftlichkeit der Dispositive soll wie bereits angekündigt erhöht werden.

Ich will auch versuchen, neue Formen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu fördern, denn ohne gute Jobs gibt es auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft keine Integration.

Und ich will, dass die Sozialhilfebeziehenden sich wirklich anstrengen und auch entsprechende Anreize erhalten, aus der Sackgasse der Sozialhilfe zu kommen. Es ist zu einem wichtigen Teil eine Frage der Selbstverantwortung.

Deshalb wird der Regierungsrat auf der einen Seite eine gewisse Reduktion der Leistungen vorschlagen und auf der anderen Seite eine Erhöhung der finanziellen Anreize für die, die sich tatsächlich bemühen, für ihren Unterhalt wieder selbstständig zu werden.

\* \* \* \* \*

Liebe Anwesende, mit den gleichen Grundsätzen habe ich das Projekt *Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern – NA-BE* – mit meinem Kollegen Hans-Jürg Käser angepackt.

Dabei soll die Verantwortung für die Integration, Sozialhilfe und Unterbringung aller Personen des Asyl- und Flüchtlingsbereichs, die der Bund dem Kanton Bern zuweist, bei der GEF gebündelt werden.

Diese Neustrukturierung ist eng mit dem KIP 2 verbunden, also mit dem kantonalen Integrationsprogramm für die Periode 2018 bis 2021.

Im Rahmen des KIP 2 ist die Integrationsförderung bei der Zielgruppe der vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge sowie die Verwendung der Integrationspauschale aufgezeigt.

Neu werden wir Regionale Partner beauftragen, die vollumfänglich für die Integrationsförderung aller Personen verantwortlich sind.

Sie sollen einen grösseren Spielraum erhalten, damit sie sich so organisieren können, dass es eben auf die regionalen Gegebenheiten passt. Die Wege werden also kürzer, der regiona-

le Partner kennt die Unternehmen, die Freiwilligennetzwerke, die kirchlichen Aktivitäten, die möglichen gemeinnützigen Einsatzmöglichkeiten für Asylsuchende besser.

Wichtig ist dabei auch, dass für die Gemeinden eine klar erkennbare Ansprechstelle in der Region geschaffen wird. Diesen regionalen Partnern werden durch den Kanton klare Ziele gesetzt, anhand derer der Erfolg ihrer Arbeit gemessen wird.

Die Integration soll im KIP 2 nach folgenden Kernpunkten erfolgen:

- Die vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge sind verpflichtet, die erforderlichen Sprach- und Grundkompetenzen rasch zu erwerben.
- Bei Erwachsenen ab 25 Jahren steht die möglichst rasche Integration in den ersten Arbeitsmarkt im Zentrum.
- Bei jungen Erwachsenen (15-25 Jahre) stehen der Erwerb der schulischen Grundkompetenzen und das Erlernen einer der Amtssprachen im Vordergrund, damit sie möglichst rasch Zugang zu den Regelstrukturen der Berufs- oder Mittelschulbildung haben.
- Beim Spracherwerb ist das Mindestziel für alle das Sprachniveau A1. Der Spracherwerb soll parallel zu der Arbeit oder im Kontext des Arbeitsumfelds erfolgen.
- Die Fallführung wird nach dem Grundsatz Fördern und Fordern intensiviert, indem die regionalen Partner die vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge über den gesamten Integrationsprozess mit Zielvereinbarung, Standortbestimmung und Vermittlung von Integrationsangeboten begleiten, soweit dies der Integrationsstand noch erfordert.
- Die Anreize zur raschen Integration sollen verstärkt werden, indem die Sozialhilfe und Form der Unterbringung vom Integrationsstand abhängen.

- Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und mit Freiwilligen wird intensiviert.

Mir ist es klar, dass auch diese Reorganisation durch viele Kreise mitverfolgt wird. Aber bitte, liebe Anwesende. Was erwartet die Bevölkerung von uns?

Die Volksabstimmung vom 21. Mai über den Kredit für die Asylsozialhilfe muss nicht als Ablehnungszeichen gegen Asylsuchende Menschen und Flüchtlinge interpretiert werden. Sondern als Votum für eine Unterstützung, deren finanzielle Auswirkungen in einem gewissen, beschränkten Rahmen bleiben.

Ich bin mir sicher, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger weiterhin eine Politik unterstützen, die auf der humanitären Tradition unseres Landes beruht.

Hingegen wollen immer mehr Leute ein besseres Nutzen-Kosten-Verhältnis. Sie erwarten, dass die öffentliche Hand effizienter arbeitet.

Und die Leute haben Recht. Auch in diesem Bereich nimmt die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit bei den erbrachten Leistungen zu. Nehmen wir es doch endlich zur Kenntnis!

\* \* \* \* \*

Nun schliesse ich diese einführenden Erläuterungen mit meinem Dank für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich über unseren Austausch.

Dem SAH BERN möchte ich aber noch meine Anerkennung für das Geleistete aussprechen und für die Zukunft alles Gute wünschen. Merci beaucoup!